
Weltmacht Deutschland?

Gespräch mit Hans Mommsen über Nation, Nationalismus, die veränderte weltpolitische Rolle Deutschlands und die zukünftige Verfassung*

Prof. Dr. Hans Mommsen, geb. 1930, studierte Geschichte, Politikwissenschaften und Germanistik in Marburg und Tübingen. Er lehrt seit 1968 Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Frage: Wird das geeinte Deutschland nach dem 3. Oktober 1990 Weltmacht sein?

Antwort: Nicht unmittelbar nach dem 3. Oktober. Aber der dann entstehende deutsche Staat wird - nicht so sehr wegen der Vereinigung als wegen des Ausscheidens der Sowjetunion aus dem Kreis der Spitzenmächte - in stärkerem Umfang als früher weltpolitische Verantwortung tragen. Er wird sich nicht weiter auf Nachkriegsvereinbarungen stützen können, die sowohl den militärischen als auch politischen Einsatz Deutschlands außerhalb der Nato verbieten; er wird Verantwortung in globalem Umfang übernehmen müssen.

Damit stellt sich die Frage nach der Rolle dieser Macht im internationalen Gefüge, wobei Stichwörter wie „Sonderweg“, „Allianzwechsel“, „Rapallo“ zu nennen sind. Wie schätzen Sie die internationale Stellung dieses Deutschlands ein?

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 25. September in Bochum.

Der Integrationsprozeß in Richtung auf die europäische Gemeinschaft ist in vollem Gange, und die deutsche Politik wird vermeiden, außerhalb des europäischen Konsenses zu agieren. Eine weitere Vorhersage über die nächsten Jahrzehnte ist kaum möglich. Generell ist zu sagen, daß künftige deutsche Regierungen sehr viel Sorgfalt darauf verwenden müssen, nicht den Eindruck zu erwecken, als ob sie in Osteuropa isoliert vorgehen wollen und wirtschaftlichen Einfluß zu erwerben versuchen. Dabei wird paradoxerweise die Rolle Deutschlands als ostpolitische Brücke in den nächsten Jahrzehnten gerade aufgrund der Schwäche und Hilfsbedürftigkeit der zerfallenen sozialistischen Länder von großer Bedeutung sein.

Das dürfte in erster Linie eine ökonomische Herausforderung sein. Ist die angesichts des Ausmaßes der wirtschaftlichen Probleme in Osteuropa und in der Sowjetunion überhaupt zu bewältigen?

Nicht auf nationaler Ebene und auch nicht auf europäischer Ebene, aber Deutschland wird als nächster Nachbar in diesem Prozeß der ökonomischen Integration Osteuropas eine führende Rolle spielen. Es wird sich auch nicht aus Vermittlungsaufgaben ausschalten können, die sich ergeben werden, wenn die gegenwärtigen Nationalbewegungen zu einem höheren Grad der Selbständigkeit gelangen. Schon heute ist davon auszugehen, daß die Sowjetunion in ihrem heutigen Umfang keinen Bestand haben wird.

In westeuropäischen Ländern und bei deren Regierungen scheint es mancherlei Bedenken gegenüber der zukünftigen Rolle Deutschlands zu geben. Wie ernst ist das zu nehmen?

Derartige Bedenken sind gegenwärtig gegenstandslos. Es bleibt Aufgabe der deutschen Politik, kein Mißtrauen zwischen den Bündnispartnern und den Partnern in der europäischen Gemeinschaft entstehen zu lassen hinsichtlich deutscher Alleingänge.

Das entscheidende Stichwort dazu heißt „Nationalismus“. Sehen Sie die Gefahr einer Wiederbelebung jenes Nationalismus, der in der deutschen Geschichte eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat?

In Fragen des Nationalismus sind grundsätzlich keine sicheren Prognosen möglich. Im Moment leben wir in einer Situation, in der für Deutschland so etwas wie eine nationale Anomalie festgestellt werden muß: Es gibt eine ungewöhnlich geringe Virulenz nationaler Stimmungen in der deutschen Bevölkerung, wobei möglicherweise gesamt-nationale Gefühle in der heute noch bestehenden DDR stärker ausgeprägt sind als in der Bundesrepublik. Die Vereinigung löst kaum nationale Emotionen aus, und dementsprechend werden sich die Vereinigungsfeierlichkeiten kaum zu einem Freudenfest entwickeln, sondern eher einen offiziellen und formalen Anstrich haben, weil keine wirkliche Volksbewegung dahinter steht.

Woran liegt das?

Es erscheint mir möglich, daß die totale Ausbeutung des nationalen Gedankens, des nationalen Bewußtseins, nationaler Loyalitäten durch das Dritte Reich und die Tatsache, daß Hitler sich an den Platz jeder möglichen nationalen Identitätsfindung gesetzt hat, in der Langzeitwirkung eine starke Ernüchterung und Distanzierung vom traditionellen nationalstaatlichen deutschen Nationalismus hervorgebracht hat. Das schließt nicht aus, daß Teilgebilde wie die Bundesrepublik ein relativ starkes nationales Selbstbewußtsein an den Tag legen, aber gerade nicht in Verbindung mit dem herkömmlichen deutschen Nationalismus des Wilhelminischen Kaiserreichs.

Die Diskussion um die polnische Westgrenze ist zumindest formell abgeschlossen. Ist damit also auch die zugrunde liegende Problematik erledigt, oder könnte es zum Beispiel dahin kommen, daß diejenigen, die jenseits dieser Grenze leben oder leben müssen an ihr zu rütteln beginnen?

Sie spielen an auf die Rolle von Minderheiten jenseits der Grenzen der Bundesrepublik. Diese Problematik hat in der Zwischenkriegszeit einen charakteristischen Hebel für nationale Ansprüche gebildet. Man kann das allerdings auch von einer ganz anderen Seite ansehen: Ich bedauere sehr, daß die Bundesrepublik fast keine Anstrengungen gemacht hat, Minderheiten dort, wo sie existieren, zu stabilisieren. Das klassische Beispiel ist Siebenbürgen, ist Rumänien: Dort nimmt man, nach dem Sturz Ceaucescus, das völlige Ende der deutschen Minderheit letztendlich hin. Das ist kein Einzelphänomen, so gibt es die Tendenz einer weitgehenden Abwanderung nationaler Minoritäten aus dem sowjetischen Großraum.

Der Zerfall der Sowjetunion geht mit Partikularnationalismen einher. Der Trend zu regionalen Nationalismen ist nicht auf die Sowjetunion beschränkt. Wie ist die deutsche Entwicklung da einzuordnen?

Die Deutschen sind zur Zeit nicht in den internationalen Trend einzuordnen, der stark in die Richtung herkömmlicher Nationalismen geht. Mit der Ausnahme einiger Wochen Ende 1989 und zu Beginn dieses Jahres sind nationale Töne in der Bundesrepublik und in der DDR eher verhalten geblieben. Insbesondere die jüngere Generation, aber auch führende Politiker wie Lafontaine, sind offensichtlich nicht bereit, an die Tradition des deutschen Nationalismus, die für die ältere Generation noch lebendig ist, anzuknüpfen.

Zur Frage der Verfassung eines geeinten Deutschlands: Es gibt Forderungen, die Schuld Deutschlands gegenüber allen Opfern des NS-Regimes in der Präambel einer neuen Verfassung zu erwähnen. Halten Sie das für einen notwendigen Bestandteil?

Eine Verfassung setzt in erster Linie den rechtlichen Rahmen des Zusammenlebens, sie ist kein außenpolitisches Dokument. Bei einer derartigen Formulierung würde es aber im wesentlichen um das Verhältnis der künftigen deutschen Politik zu Ländern gehen, die von der deutschen Gewaltpolitik im

Zweiten Weltkrieg betroffen gewesen sind, und nicht zuletzt zu Israel. Das ist schwerlich Gegenstand einer verfassungsrechtlichen Festlegung.

Die sogenannte Aufarbeitung der Vergangenheit spielt ja jetzt im Hinblick auf die Geschichte der DDR eine große Rolle. Es werden immer wieder Parallelen zu der Zeit in den Westzonen nach 1945 angestellt. Zunächst die generelle Frage: Kann es so etwas wie eine kollektive Aufarbeitung von Vergangenheit geben?

Natürlich gibt es eine kollektive Aufarbeitung der Vergangenheit, wobei der Begriff unscharf ist. Gemeint ist, daß das öffentliche Bewußtsein versucht, sich bestimmte Phasen der eigenen, in diesem Fall der Nationalgeschichte, zu vergegenwärtigen und bestimmte Prioritäten politischer Art zu setzen, etwa in bezug auf die Ablehnung von Rassen- und Gewaltpolitik. Die aktuelle Diskussion über die Praktiken der sowjetischen Besatzung in der SBZ nach 1945, die Debatten in der Sowjetunion über den verbrecherischen Charakter des Stalinismus stellen die Vergleichsbasis zum Nationalsozialismus her, obwohl wir lange Zeit mit großer Energie die prinzipielle Vergleichbarkeit von Kommunismus und Nationalsozialismus infrage gestellt haben. Insofern hat sich unsere Perspektive verändert, ebenso wie die zentrale Stellung des Dritten Reiches im geschichtlichen Bewußtsein zurücktritt. Wir haben insgesamt eine Rückkehr zu den historisch-politischen Strukturen der zwanziger Jahre festzustellen.

Zur Zeit tobt ein Kampf um die Stasi-Akten, wobei die einen wohl am liebsten das gesamte Material vernichten würden, um neu anfangen zu können, während die anderen eine gründliche Erforschung fordern, um Klarheit über die Vergangenheit zu gewinnen. Gibt es einen gangbaren Weg?

Es gibt Versuche ernstzunehmender DDR-Historiker, ein DDR-Geschichtsinstitut zu gründen, das Obhut über diese Stasi-Akten haben soll. Allerdings ist in der DDR wenig Kenntnis über die technische Natur solcher Bestände vorhanden. Es handelt sich immerhin um 140 laufende Akten-Kilometer. Es ist ganz und gar undenkbar, daß man diese Materialien rasch so ordnet, daß ein Anspruch jedes einzelnen Bürgers, seine Akte zu sehen, innerhalb der nächsten Zeit erfüllbar ist. Insofern war die ursprüngliche Entscheidung, die Akten dem Bundesarchiv zu übergeben, eher richtig. Ich habe nicht den Eindruck, daß man die Absicht hatte, die Akten insgesamt nach Koblenz zu überführen.

Es besteht meiner Kenntnis nach in der Öffentlichkeit noch kein klares Bild über die Zusammensetzung dieser Akten. Es handelt sich nicht nur um Personalakten, sondern um Materialien, die den gesamten politischen Prozeß inner- und außerhalb der DDR in den letzten 40 Jahren beleuchten. Es sind also bedeutsame historische Bestände, die sorgfältig gesichtet werden müssen. Dabei wird es eine wissenschaftliche Aktenkassation, das heißt die Aussonderung überflüssigen Materials geben müssen, weil man derartig umfangreiche Bestände auf Dauer nicht archivieren kann.

Wie steht es um Vergangenheit und Zukunft der Geschichtswissenschaft in der DDR?

Die Stäbe der historischen Institute in der DDR waren ungleich stärker besetzt als die vergleichbarer Institutionen in der Bundesrepublik. Neben gut qualifizierten Historikern gibt es eine große Zahl von weniger qualifizierten Fachkräften, und wir haben überdies das Problem einer politischen Belastung. Im Grunde besteht im Moment die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen den jeweiligen Spitzenverbänden gestalten, wobei eine Zusammenarbeit zwischen der Historiker-Gesellschaft der DDR und dem Historiker-Verband Deutschlands nicht mehr denkbar ist.

Die Geschichtswissenschaft in der DDR ist als Legitimationswissenschaft benutzt worden. Wie kann es mit diesem Personal und mit diesen Ergebnissen weitergehen?

Eine Antwort auf diese Frage ist schwierig. In der Regel haben die Kollegen in der DDR eine gute historische Grundausbildung. Inzwischen schalten viele von der vorher marxistisch-leninistischen Orientierung häufig auf eine ideengeschichtliche Orientierung mit progressivem Touch um. Dagegen ist nichts einzuwenden. Inwieweit sich in den sehr stark erstarrten Strukturen wissenschaftliche Innovationsfähigkeit herausbilden kann, ist heute noch nicht abzusehen. Es wird sicher eine Durststrecke geben. Von Seiten der westdeutschen Historiker ist erwogen worden, Möglichkeiten zu schaffen, daß jüngere DDR-Historiker längere Zeit an westdeutschen Universitäten unterrichten und dadurch stärkere Kontakte mit der westdeutschen Geschichtswissenschaft und überhaupt der westlichen Geschichtswissenschaft erwerben und daß man umgekehrt in höherem Umfange westdeutsche Dozenten in die DDR schickt. Es bleibt abzuwarten, was nach der Länderbildung auf dem Hochschulsektor geschieht, und es ist unklar, ob derartige Programme innerhalb der nächsten Zeit überhaupt finanzierbar sind. Eine Voraussetzung dafür ist freilich noch gar nicht gegeben: die Änderung des Status der Studenten in den Universitäten der bisherigen DDR. Solange wir noch dieses starre System haben, wonach die Studenten bereits unter dem Gesichtspunkt ihrer späteren Laufbahn selektiert werden und keine offene Konkurrenz zwischen ihnen eintritt, gibt es keine Vergleichbarkeit mit dem westdeutschen Universitätssystem. Auch die Form der hier angebotenen Lehre ist, zumindest in den Geisteswissenschaften, nicht direkt übertragbar. Es bleibt abzuwarten, wie die Übertragung der westlichen Universitätsstrukturen auf die Universitäten der DDR sich für die Geschichtswissenschaft konkret auswirkt, und es bleibt das Problem, inwieweit die Großinstitute, etwa das Institut für Deutsche Geschichte in der Akademie der Wissenschaften, weiter Bestand haben werden.

Was bleibt denn von den sehr vielen Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die es in der DDR gegeben hat?

Zum Teil hat die DDR verlässliche und wissenschaftlich weiterführende Stu-

dien vorgelegt. Es gibt zudem eine ganze Reihe von Einzelarbeiten, die Details der Geschichte der Arbeiterbewegung erschließen. Dennoch muß ganz neu angefangen werden, weil die bisherige Perspektive vollkommen verengt war. Das Hauptproblem ist, daß dieser Arbeitsbereich nicht zuletzt wegen der DDR-Vergangenheit in Mißkredit geraten wird. Auch in der Bundesrepublik wird sich nur eine Minderheit dieses Forschungsgebiets annehmen.

Zu diesem Forschungsgebiet gibt es in der DDR ausgesprochen relevante Quellen und Archivbestände, im ehemaligen Institut für Marxismus-Leninismus, im ehemaligen FDGB-Archiv. Wie würden Sie empfehlen, damit umzugehen?

Ich hatte den Vorschlag unterbreitet, ein zentrales Institut für Probleme der Arbeiterbewegung zu bilden, das die Bestände des ehemaligen FDGB und des ehemaligen IML, des heutigen Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zusammen mit in West-Berlin bereits vorhandenen Sammlungen, die zum Teil an der Historischen Kommission zu Berlin angesiedelt sind, umfaßt. Das müßte mit Unterstützung des Bundes von der Stadt Berlin getragen werden. Wenn man bedenkt, welche ungeheure Summen in das Deutsche Historische Museum gesteckt werden, dann sollte es möglich sein, ein solches Archiv und die zugehörige Bibliothek angemessen auszustatten.

Namentlich bei dem ehemaligen IML handelt es sich ja um eine außerordentlich wertvolle Spezialbibliothek; dasselbe gilt für Teilbestände des FDGB-Archivs. Man kann darin eine nationale Aufgabe sehen, denn es befinden sich durchaus auch ältere Akten zur Geschichte der demokratischen Arbeiterbewegung aus dem neunzehnten Jahrhundert in diesen Beständen. Es erscheint mir notwendig, dafür eine öffentliche Institution zu schaffen, da es die Aufgaben und die Möglichkeiten von Gewerkschaften und Parteien übersteigt, Sammlungen dieses Ausmaßes auf die Dauer zu sichern und zu unterhalten.

Sie haben von dem Deutschen Historischen Museum gesprochen. Bekommt das jetzt mehr Sinn als es vorher hatte?

In gewisser Weise kann man positiv konstatieren, daß die ursprüngliche Funktion, ein Gegenmuseum zum Zeughaus zu sein und die Bundesrepublik vorteilhaft gegenüber der DDR darzustellen, bedeutungslos geworden ist. Vielleicht gelingt es, ein Museum zu schaffen, das einen Schwerpunkt auf die Entwicklung der vergangenen vierzig Jahre setzt. Das widerspricht den bisher vorhandenen Planungen, die die letzten 40 Jahre weitgehend ausgeklammert haben. Andererseits könnte das Museum durch die Aufhebung der deutschen Teilung eine neue inhaltliche Funktion bekommen, während es in den vorher bestehenden Planungen eine eher artifiziell-taktische Färbung hatte. Das dürfte davon abhängen, ob es gelingt, Berlin zur wirklichen Hauptstadt zu machen. Ich glaube nicht, daß auf lange Sicht die sehr hohen öffentlichen Subventionen - und dazu gehört auch die Entscheidung, ein solches Museum nach Berlin zu legen - möglich sind, wenn nicht durch die Hauptstadt-Funktion auch der

Anreiz und die Notwendigkeit besteht, diese Stadt aufzusuchen. Insofern scheint mir ein weiterer Ausbau des Deutschen Historischen Museums nur Sinn zu haben, wenn man am Hauptstadt-Gedanken festhält und nicht mit taktischen Mitteln arbeitet, etwa mit der fiktiven Trennung von Hauptstadt und Regierungssitz. Das schließt nicht aus, daß sich Teile der Bundesverwaltung anderswo befinden. Jetzt dieses Deutsche Historische Museum in solch umfassendem Sinne auszubauen und gleichzeitig Berlin die seit 1953 fest versprochene Führungsrolle innerhalb des vereinigten Deutschland zu verweigern, scheint mir ein Widerspruch zu sein.

Museen sollen auch zur Identitätsfindung beitragen. Ähnliche Funktionen hat wohl auch eine Verfassung - nicht nur, aber auch. Bedarf es einer Überarbeitung des Grundgesetzes, bedarf es einer Verfassungsgebenden Versammlung und letztlich einer Volksabstimmung über eine neue Verfassung?

Der Weg der Verfassungsgebenden Versammlung ist von den jetzt handelnden politischen Kräften bewußt nicht gewählt worden und insoweit ist die Frage entschieden. Offen gebneben ist aber, ob die notwendigen Verfassungsänderungen, die im Zuge des Vereinigungsprozesses erfolgen werden, noch durch eine Volksabstimmung bestätigt werden sollen. Diese Volksabstimmung würde dann die Bestätigung der Verfassung durch das Volk nachholen, die man 1949 bewußt unterlassen hat, um die Entwicklung zu einer deutschen Einheit offenzuhalten. Es ist letztlich eine Frage des demokratischen Stils, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, zur Vereinigung und den daraus fließenden politischen Konsequenzen Stellung zu nehmen. Ich plädiere sehr nachdrücklich für eine solche Volksabstimmung und rate der Bundesregierung, ihre gegenwärtigen Überlegungen, einen verfassungsgebenden Prozeß in jedem Fall zu vermeiden, fallen zu lassen. Dadurch könnte auch das aus der Perspektive der Mitglieder des Parlamentarischen Rats fragwürdige Verfahren, den Anschluß über Artikel 23 zu vollziehen, geheilt werden.

Wir haben darüber gesprochen, daß die Begeisterung für die deutsche Einheit gedämpft ist, und daß der Nationalismus glücklicherweise nicht so ausgeprägt ist. Dennoch braucht ein neues staatliches Gebilde doch auch etwas, was alle verbindet. Kann das eine neue Verfassung leisten? Oder gibt es darüber hinaus vielleicht auch andere Bindeglieder, wie zum Beispiel das ökonomische Wohlergehen?

Ein Staat kann auch ohne Rituale und ohne gemütsmäßige Bindung von Teilen der Bevölkerung an ihn stabil sein. Wenn ich die Politik der Bundesregierung in der Vereinigungsfrage betrachte, komme ich aber zu der Kritik, daß sie auf die Form des Vereinigungsprozesses viel zu wenig geachtet hat. Ich halte es für langfristig fatal, daß die Vereinigung gleichsam in die Perspektive einer Wahlkampf vorbereitung gerückt ist. Meiner Auffassung nach hätte die Bewältigung der mit der Vereinigung anfallenden Aufgaben ohnehin einer auf diesen Zweck begrenzten großen Koalition bedurft. Jetzt versucht die Bundesregie-

rang, diesen Fehler durch das Bemühen zu korrigieren, dem 3. Oktober ein einigermaßen festliches Gepräge zu geben. Ich bin sehr gespannt, wie sich diese Ereignisse vollziehen werden. Vermutlich wird sich in der DDR trotz der starken sozialen und ökonomischen Sorgen, die dort vorherrschen, ein viel offeneres Verhältnis zu der neu entstandenen Situation entwickeln, während die Bundesrepublik von einer Art Gleichgültigkeit bestimmt sein wird. Ob es geringen wird, durch das in den Händen der Werbeagenturen hegende Festprogramm noch so etwas wie echte Spontanität zu erwecken, bleibt abzuwarten.

Ich möchte noch mal auf die Rolle der Intellektuellen in der DDR zurückkommen. Bei vielem, was ich hierzu - etwa zum Fall Christa Wolf - gelesen habe, drängt sich mir das Gefühl auf, daß hier eine Art Stellvertreterkrieg geführt wird. Wie stellt sich Ihnen das dar?

Ich bedauere, daß durch die sehr starken Pressionen von westdeutscher Seite auf den Vereinigungsprozeß der DDR nicht der Raum zur Selbstklärung überlassen worden ist, so daß die Diskussion jetzt unter dem Druck der gesamtdeutschen Medien vollkommen verformt wird. Im Grunde kann man nur eine intellektuelle Gesamtamnestie anstreben. Nachzurecherchieren, inwieweit sich der einzelne angepaßt hat oder ob er oppositionell war, scheint bei der Komplexität des Problems überhaupt nicht möglich zu sein. Man muß eine Lösung finden, diese Dinge auf sich beruhen zu lassen, mit Ausnahme der strafrechtlich relevanten Tatbestände. Und selbst da wird es erhebliche Mühe kosten, den Sachverhalt zu klären. Ich habe einen etwas schlechten Geschmack auf der Zunge, wenn ich daran denke, daß dann eine Fülle von Prozessen in Karlsruhe und nicht von Gerichtshöfen auf dem Gebiet der DDR entschieden werden, weil dann Juristen einbezogen werden, die die Verhältnisse in der ehemaligen DDR nicht kennen. Alles dies wird die langfristige politische Integration der Bevölkerung der DDR in das System der Bundesrepublik belasten.

Nach der Freude, die kurze Zeit am Ende des vergangenen Jahres spürbar war, hat sich herausgestellt, daß eine charakteristische Fremdheit zwischen der Bevölkerung der DDR und der Bundesrepublik besteht. Man versteht sich sprachlich einigermaßen, aber ansonsten gibt es mehr offene Fragen als Verbindendes. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Zunächst hat die DDR-Bevölkerung den rapiden Verwestlichungsprozeß der bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht mitvollzogen. Dieser Prozeß betrifft ja nicht nur die ökonomische Seite einer freien Marktwirtschaft, sondern auch die Ablösung von traditionellen deutschen Denkmustern und eine sehr weitgehende Anpassung an stärker pragmatische Traditionen der angelsächsischen Welt sowie die Herausbildung der von uns als selbstverständlich empfundenen „Leistungsgesellschaft“. All dies ist im Grunde an der DDR-Bevölkerung vorbeigegangen, auch wenn sie die Resultate im westdeutschen Fernsehen beobachten konnte. Damit hat sich auf lange Sicht ein deutlicher Menta-

litätsgegensatz herausgebildet, der wohl auch erst in einigen Jahrzehnten einigermaßen ausgeglichen sein wird und der sich jetzt in einer relativen Fremdheit beider Bevölkerungen gegeneinander zeigt, auch da, wo es enge familiäre und sonstige Austauschbeziehungen gegeben hat. Andererseits kann man sich denken, daß die Jüngeren einen sehr raschen Anpassungsprozeß vollziehen werden. Man muß sich in diesem Zusammenhang klar machen, wie rasch die Verwestlichung der Verhaltensformen in der Bundesrepublik in den fünfziger und in den frühen sechziger Jahren vorangeschritten ist. Ich gehe davon aus, daß die gegenwärtigen Gegensätze schließlich durch ein Gefühl nationaler Gemeinsamkeit überwunden werden - so wenig reale Anhaltspunkte im Moment auch für das Wiedererstehen nationaler Einstellungen vorhanden sind.

In den vergangenen Monaten haben beide deutschen Regierungen immer wieder betont, daß der deutsche Einigungsprozeß in den europäischen Integrationsprozeß eingebettet sei. Ist das so oder ist dies bisher eine Wunschvorstellung?

Das Paradoxe ist, daß auf deutscher Seite sehr häufig argumentiert wird, daß die Vereinigung, das heißt die Entstehung eines um ein Fünftel größeren Deutschlands, die Aversion der Westeuropäer und der ehemaligen Gegner des Dritten Reiches hervorrufen könnte, während in jedem anderen Staat Europas die Bevölkerung den Deutschen zur Wiedererlangung der Einheit gratuliert, ob nun in der Sowjetunion oder in Frankreich oder anderen westeuropäischen Ländern. Man kann vielleicht die Frage stellen, ob die Briten aufgrund ihrer im Moment kritischen Position innerhalb der europäischen Gemeinschaft etwas anders reagieren, aber im ganzen ist die Vereinigung in den Augen der Nachbarn Deutschlands überhaupt kein Problem. Ich glaube auch nicht, daß die Vereinigung die europäische Integration behindert, wenn gleich sich das ökonomische Gewicht der Bundesrepublik innerhalb der europäischen Gemeinschaft weiterhin erhöhen wird und damit auch ihre Verantwortung, was im übrigen die Bereitschaft zu ökonomischen Vorleistungen einschließt.

Was sich jetzt mit der Neustrukturierung Europas abzeichnet, ist ein Ereignis von historischem Ausmaß. Die Welt schneidet sich sozusagen neu. Geht dieser Prozeß mit einer Konfliktverlagerung in andere Teile der Welt einher? Ist die fast gleichzeitig ausgebrochene Irak-Krise ein erstes Anzeichen einer neuen globalen Konfrontation?

Ich sehe in der Irak-Krise einen Konflikt, der eigentlich in die Phase gehört, in der durch das atomare Patt der Supermächte ein gewisser Bewegungsspielraum von Drittstaaten gegeben war. Insofern paßt dieser Konflikt nicht in die gegenwärtige globale Situation. Wir können aber beobachten, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hier in einer Weise funktioniert, wie es Stalin und vielleicht auch Roosevelt 1945 erträumt haben. Zweitens zeigt uns diese Krise, daß man, wenn man die große historische Wende erfassen will, nicht so

sehr die deutsche Frage vor Augen haben muß als vielmehr das Scheitern des Kommunismus. In der faktischen Preisgabe der sowjetischen Hegemonialposition in Europa und ihres Einflusses auf die Dritte Welt liegt die entscheidende weltgeschichtliche Veränderung.

Diese Zäsur wird aber auch innenpolitische Konsequenzen in Deutschland haben. Es wird sich zeigen, wie sich ein politisches System entwickelt, in dem das zentrale Feinbild des Antikommunismus über Nacht abhanden gekommen ist und das Schwierigkeiten haben wird, das Rechts/Links-Spektrum in adäquater Weise wieder anschaulich zu machen. Wir stehen hier vor Entwicklungen, die wir nicht vorhersehen können. Wir tun aber gut daran, uns für künftige Veränderungen offenzuhalten. Der Zusammenbruch der sowjetischen Vorherrschaft bedeutet eben auch die Preisgabe einer, wenn auch brüchigen Integration der Nationalitäten Osteuropas und dadurch eine Gewichtsverlagerung, weil damit zu rechnen ist, daß für die islamischen Gruppierungen, die sich bis jetzt zum Iran orientiert haben, in Osteuropa ein ganz neues Zentrum entstehen wird.

Man soll Historiker nicht mit Prognosen belasten, aber trotzdem bitte ich Sie darum: Sie verweisen auf den Verlust der weltpolitischen Bedeutung des Kommunismus. Was wird von dieser Epoche, was wird vom Sozialismus als Idee bleiben?

Das ist im Moment eine sehr schwierige Frage. Sicherlich bleiben sozialistische Prinzipien, soweit sie die Steuerung der marktwirtschaftlichen Systeme im Sinne der sozialen Absicherung betreffen. Wieweit sich nach der jetzigen historischen Erfahrungen darüber hinaus noch eine sozialistische Utopie entwickeln kann, ist im Moment überhaupt nicht zu sehen. Zweifellos wird der Gedanke des Sozialismus dazu beitragen, daß sich in der Gesellschaft Parteien entwickeln, die für größere soziale Gerechtigkeit, gegen die Bereicherung von Eliten auf Kosten der breiten Masse und gegen ein elitäres, rein auf Leistung orientiertes Prinzip eintreten. Insoweit bedarf es auch in Zukunft der sozialistischen Tradition als langfristiger Korrektur des kapitalistischen Systems. Wir sollten überhaupt vermeiden, den gegenwärtigen Sieg der Marktwirtschaft zu sehr zu feiern. Ich habe das Gefühl, daß gerade die Krise des real existierenden Sozialismus und der vollkommene Zusammenbruch des sowjetischen Systems Entwicklungen auslösen, die zeigen werden, daß man mit dem rein marktwirtschaftlichen Credo die Probleme dieses Raums und der Dritten Welt nicht zu lösen vermag.